



Aufstellung gemäß § 17a Abs. 7 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)

Erläuterungen zu Muster 2 für nicht ausbildende Krankenhäuser

Durch die Umsetzung des Ausgleichsfonds im Jahr 2008 gemäß § 17a Abs. 5 KHG - zur Vermeidung einer Benachteiligung ausbildender Krankenhäuser im Wettbewerb - sind in die Ausbildungsfinanzierung auch die **nicht ausbildenden** Krankenhäuser in NRW eingebunden worden.

Seit dem 01.01.2023 wurde für jeden voll- und teilstationären Behandlungsfall der für das Kalenderjahr 2023 vereinbarte landeseinheitliche Ausbildungszuschlag in Höhe von 68,46 € den Patientinnen oder Patienten oder deren Sozialleistungsträger in Rechnung gestellt.

Gemäß § 17a Abs. 6 Satz 4 KHG haben **alle Krankenhäuser** die von ihnen in Rechnung gestellten Ausbildungszuschläge an den Ausgleichsfonds abzuführen. Es sind dabei die Verfahrensregelungen nach § 17a Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 KHG einzuhalten, die festlegen, dass zur Abführung der Ausbildungszuschläge im Voraus monatliche Abschlagszahlungen fixiert und diese den Krankenhäusern mitgeteilt werden.

Die entsprechende Mitteilung wurde Ihnen mit Schreiben vom 16.12.2022 zugestellt.

Aus § 3 Abs. 4 [„Übermittlungspflichten der Krankenhäuser“] der „Vereinbarung über die Errichtung und Verwaltung des Ausgleichsfonds sowie Festlegung des Ausbildungszuschlags für Ausbildungsstätten der in § 2 Nr. 1a KHG genannten Berufe“* ergibt sich die **Verpflichtung** auch für **nicht ausbildende Krankenhäuser**, dem Ausgleichsfonds einen Vermerk des Jahresabschlussprüfers entsprechend § 17a Abs. 7 Satz 2 KHG vorzulegen.

Die dem Vermerk des Abschlussprüfers zugrundeliegende Aufstellung hat der Krankenhausträger anzufertigen. Alle gesetzlich geforderten Angaben können auch auf Grundlage einer eigenen Aufstellung gemeldet werden. Wir empfehlen, das von uns erstellte Muster zu verwenden. Dadurch ist eine vollständige Meldung sichergestellt und Rückfragen können vermieden werden.

Das Muster steht als PDF-Datei und als Excel-Tool auf unserer Homepage zur Verfügung.

*Vereinbarung nach § 17a Abs. 5 KHG

(Version Budgetjahr 2023)

Aufstellung gemäß § 17a Abs. 7 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)

Vorbemerkung

Das Muster enthält eine Mehrzahl von Feldern. Um dem Bearbeiter eine Hilfestellung zu geben, wurden diejenigen Felder, die Werte aus bereits aufgeführten Feldern enthalten bzw. die sich per Rechenoperation ergeben, mit einem gestrichelten Kasten versehen (-----).

Die Eingabefelder sind ansonsten mit einem durchgehenden Kasten versehen (———).

Die Differenz zwischen den tatsächlich im jeweiligen Vereinbarungszeitraum an den Ausgleichsfonds abgeführten Abschlagszahlungen und der vom Krankenhaus tatsächlich in Rechnung gestellten Summe des landesbezogenen Ausbildungszuschlags nach § 17a Absatz 6 KHG (Aufnahmen in der Zeit vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 einschließlich Jahresüberlieger 2023/2024) wird ausgeglichen.

Die Erlöse aus den in Rechnung gestellten Ausbildungszuschlägen sowie die Zahlungen an den Ausgleichsfonds sind mit den entsprechenden Daten aus der Buchhaltung abzugleichen. Sämtliche Daten beziehen sich auf den Stand der Buchhaltung nach Jahresabschlussprüfung.

Erläuterung zu 1. und 2.:

Die Aufstellung, die dem Jahresabschlussprüfer zur Prüfung vorgelegt wird, hat zu enthalten

- die Gesamtsumme der Erlöse sowie
- die zugrundeliegende Fallzahl an voll- bzw. teilstationären Behandlungsfällen, bei denen der landeseinheitliche Ausbildungszuschlag in Rechnung gestellt wurde.

Korrekturen aus Vorjahren sind in dieser Position nicht zum Abzug zu bringen (siehe nachfolgende Erläuterungen zu Nr. 6 bis 13).

Bei der Abfrage der Daten aus der Buchhaltung ist darauf zu achten, dass keine „systemfremd“ abgerechneten Fälle berücksichtigt werden.

Im Jahr 2023 sind die Fälle zu berücksichtigen, die im Jahr 2023 aufgenommen wurden und über den Jahreswechsel nach 2024 im Krankenhaus verblieben sind, da hier der landeseinheitliche Zuschlag des Jahres 2023 zu berechnen ist. Die Jahresüberlieger 2022/2023 wurden bereits für das Budgetjahr 2022 angemeldet und abgerechnet.

(Version Budgetjahr 2023)

Aufstellung gemäß § 17a Abs. 7 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)

Die Erlöse für das Jahr 2023 aus den berechneten landeseinheitlichen Ausbildungszuschlägen sollten mit folgender Formel verprobt werden:

**Fallzahl einschließlich Jahresüberlieger (Nr. 2.) multipliziert mit 68,46 €
= Summe der in Rechnung gestellten Ausbildungszuschläge (entspricht Erlöse Nr. 1.)**

Erläuterung zu 3.:

Wir bitten ergänzend nachrichtlich um Mitteilung der Anzahl der Fälle, für die zum Zeitpunkt der Aufstellung durch den Krankenhausträger der in Rechnung gestellte Ausbildungszuschlag noch nicht als Zahlungseingang verbucht werden konnte (z. B. noch offene Forderungen gegenüber Zahlungspflichtigen oder noch in Prüfung befindliche Fälle wegen geltend gemachter Einwendungen durch die Krankenkassen etc.).

Die aus diesen Fällen resultierenden Forderungen sollten im Folgejahr beglichen sein. Sofern diese Forderungen dennoch in Folgejahren nicht oder nur teilweise durch Zahlung beglichen werden, sind die vereinnahmten Ausbildungszuschläge dieser Jahre zu korrigieren. Die im/in Vorjahr(en) angefertigte Aufstellung der Erlöse wird nicht geändert (siehe hierzu auch nachfolgende Erläuterungen zu Nr. 6 bis 13).

Erläuterung zu 4.:

Zur Plausibilitätskontrolle bitten wir nachrichtlich um Mitteilung des an den Ausgleichsfonds abgeführten Gesamtbetrags für das Jahr 2023. Die zwölf Zahlungen werden in der Regel innerhalb eines Kalenderjahres erbracht worden sein.

Erläuterung zu 5.:

Das Muster sieht die Angabe der rechnerischen Differenz zwischen dem für 2023 vom Krankenhaus an den Ausgleichsfonds abgeführten Gesamtbetrag (4.) und den Erlösen aus den vom Krankenhaus in Rechnung gestellten landeseinheitlichen Ausbildungszuschlägen (1.) vor.

Bei einem positiven (+) rechnerischen Saldo (4. abzgl. 1.) hat das Krankenhaus eine Forderung gegenüber dem Ausgleichsfonds, bei einem negativen (./.) Saldo hat das Krankenhaus eine Verbindlichkeit gegenüber dem Ausgleichsfonds. Die Beträge werden über das Ausgleichsverfahren abgerechnet.

Die Höhe des vom Krankenhaus an den Fonds abgeführten Gesamtbetrags ergibt sich aufgrund einer für das Krankenhaus festgelegten „Plan-Fallzahl“. Über den Fonds wird ausschließlich die auf einer positiven bzw. negativen Fallzahlabweichung basierende Einnahmedifferenz (durch die Berechnung des Landeszuschlags) zur tatsächlichen Ist-Fallzahl ausgeglichen.

Die vorgenannten Angaben dienen einem fortlaufenden Abgleich des gesetzlich vorgesehenen Ausgleichsverfahrens.

(Version Budgetjahr 2023)

Aufstellung
gemäß § 17a Abs. 7 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)

Erläuterungen zu 6. bis 13.:

Für den Fall, dass endgültig feststeht, dass in Vorjahren (hier: 2019, 2020, 2021 und 2022) an den Fonds zunächst abgeführte Ausbildungszuschläge endgültig nicht vereinnahmt werden konnten bzw. an die Kostenträger zurückerstattet wurden, hat das Krankenhaus einen Erstattungsanspruch. Wir bitten daher um Mitteilung der (voll- und teilstationären) Behandlungsfälle, die **aus Vorjahren** (hier: ausschließlich 2019, 2020, 2021 und 2022) in der entsprechenden Aufstellung enthalten waren, der Ausbildungszuschlag allerdings nicht tatsächlich vereinnahmt werden konnte bzw. an die Kostenträger zurückgeflossen ist (z. B. wenn noch offene Forderungen gegenüber Zahlungspflichtigen nicht beglichen wurden, da beispielsweise in Prüfung befindliche Fälle wegen geltend gemachter Einwendungen durch die Krankenkassen nicht bezahlt worden sind etc.).

Die aus den Fällen resultierenden **faktisch nicht vereinnahmten** Ausbildungszuschläge dieser Jahre sind zu korrigieren. Die Erstattung dieser bereits abgeführten Ausbildungszuschläge erfolgt dann im Rahmen des Ausgleichsverfahrens 2023 (einschl. der Prüfung durch den Abschlussprüfer). Die in Vorjahr(en) angefertigte Aufstellung der Erlöse wird nicht geändert; auch ist kein geänderter Vermerk des Abschlussprüfers einzureichen.

Für den Erstattungsanspruch ist ebenfalls nicht zwingend, dass in der Aufstellung des Vorjahres unter Nr. 3 eine entsprechende Angabe erfolgte.

Beispiel Korrektur Vorjahr (für das Beispiel wird exemplarisch das Budgetjahr 2019 herangezogen):

| | | |
|---|---|--|
| 10.000 | (voll- und teilstationäre) Behandlungsfälle 2019 einschließlich Jahresüberlieger 2019/2020 lagen dem Vermerk des Abschlussprüfers für das Budgetjahr 2019 zugrunde (Angabe unter Nr. 2) | |
| davon 100 Fälle | | |
| (voll- und teilstationäre) Behandlungsfälle, für die der in Rechnung gestellte Ausbildungszuschlag noch nicht vereinnahmt werden konnte (möglicherweise unter Nr. 3 im Jahr 2019 ausgewiesen) | | |
| Ausgleichsverfahren 2022 | | Ausgleichsverfahren 2023 |
| davon 5 Fälle | | davon 10 Fälle |
| Im Jahr 2022 wurde offenkundig, dass bestimmte Behandlungsfälle faktisch und endgültig nicht mehr erlöst bzw. nicht stationär abgerechnet werden. | | Im Jahr 2023 wurde offenkundig, dass <u>weitere</u> Behandlungsfälle faktisch und endgültig nicht mehr erlöst bzw. nicht stationär abgerechnet werden. |

(Version Budgetjahr 2023)

Aufstellung gemäß § 17a Abs. 7 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)

Die 10 Fälle werden durch die KGNW im nachgelagerten Ausgleichsverfahren 2023 für das Vorjahr 2019 als Abzugsposition zu Gunsten des Krankenhauses berücksichtigt. Daher ist im Abrechnungsmuster unter Nr. 6 die entsprechende Anzahl an Fällen (als negativer Wert) anzugeben. Der sich ergebende Betrag ist unter Nr. 7 einzutragen bzw. wird im Excel-Tool errechnet (Berechnung: $-10 \text{ Fälle} \cdot -95,24 \text{ €} = 952,40 \text{ €}$).

Die bereits im Ausgleichsverfahren 2022 für das Vorjahr 2019 gemeldeten 5 Fälle wurden bereits durch die KGNW zu Gunsten des Krankenhauses berücksichtigt, ebenso wie ggf. bereits im Ausgleichsverfahren 2021 oder 2020 für das Vorjahr 2019 gemeldete Korrekturfälle.

Analog hierzu sind die Korrekturfälle für das Jahr 2020 (Zuschlagshöhe 104,26 € oder 208,52 €), das Jahr 2021 (Zuschlagshöhe 88,06 €) und das Jahr 2022 (Zuschlagshöhe 44,70 €) auszuweisen.

Wichtig bei der Angabe von Korrekturfällen ist, dass bereits in Ausgleichsverfahren der Vorjahre gemeldete Korrekturfälle nicht erneut anzugeben sind!

Bitte beachten Sie, dass Ansprüche an die Verbände der Kostenträger aus Korrekturen für das Jahr 2019 (bzw. dem Ausgleichsverfahren 2020) nach den getroffenen Vereinbarungen mit Abschluss des hiermit stattfindenden Ausgleichsverfahrens 2023 verjähren. Die KGNW als Verwalter des Ausgleichsfonds kann daher nächstes Jahr im Ausgleichsverfahren 2024 (Budgetjahr 2024) keine Korrekturen für 2019 mehr akzeptieren. Ein entsprechendes Feld im Muster wird nicht mehr vorhanden sein. Sollte in einzelnen Fällen aufgrund eines anhängigen Gerichtsverfahrens die Verjährung gehemmt sein, müssten spätere Korrekturen gesondert bei der KGNW eingereicht und begründet werden.

Die Beträge aus den Korrekturfällen der Vorjahre werden separat erstattet.